



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 08.02.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1

Masterplan Energie: Gesamtenergiekonzept für
die Stadt Ludwigsburg
- Handlungsempfehlungen und nächste Schritte
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 037/11

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** begrüßt einleitend Herrn Dr. Ulrich Fahl (Institut IER) und berichtet über einen mit dem Gemeinderat durchgeführten Workshop in dem man sich mit dem Thema Energie und Gesamtenergiekonzept intensiv auseinandergesetzt habe. Heute gehe es darum, in einem ersten Schritt weitere Umsetzungsschritte zu prüfen und in einem zweiten Schritt um die konkrete Priorisierung der Maßnahmen und Projekte.

Herr **Dr. Fahl** erläutert nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation ausführlich das Thema Energiekonzept und geht dabei auf die Entwicklung und Umsetzung von Energiesparmaßnahmen in Ludwigsburg, die CO₂-Emission pro Kopf und den Wärmebedarf ein. Handlungsempfehlungen seien, die Bürgerschaft, Wirtschaft und Interessensverbände frühzeitig zu beteiligen und mit einem 25-Punkte-Plan in eine klimaverträgliche und sichere Zukunft zu investieren.

OBM **Spec** spricht allen Beteiligten Dank für ihre Mitarbeit am Gesamtenergiekonzept aus.

In der nachfolgenden Aussprache hält Stadträtin **Kreiser** die Anlage zur Vorlage für zu wenig greifbar. Ihre Fraktion hätte sich eine Priorisierung der Vorschläge gewünscht. Neben den CO₂-Emissionen müssten auch andere Emissionen berücksichtigt werden. Dem heutigen Beschlussvorschlag könne man nicht zustimmen.

Stadträtin **Schittenhelm** führt aus, die SPD-Fraktion unterstütze die Zielsetzungen des Masterplans Energie. Es blieben viele Fragen offen, wie beispielsweise nach den Potentialen bei der Biomasse, der Gebäudesanierung, der Solarenergie und Geothermie sowie in Bezug auf den ÖPNV. Auch ihnen fehle eine Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen. Sie spricht sich für eine Abänderung des Beschlussvorschlags in der Form aus, dass der Gemeinderat die Ziele des Masterplans Energie zustimmend zur Kenntnis nimmt und mögliche Einzelmaßnahmen dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen seien.

Stadtrat **Glasbrenner** hält den Zeitplan für zu knapp, um zu einem Ergebnis zu kommen. Ein Zeitdiagramm, Ablaufplan und das Setzen von Zwischenzielen sowie deren Überprüfung seien nötig. Man vermisse die Themen Luftreinhaltung und Luftverbesserung in Ludwigsburg und bitte, diesen Schwerpunkt mit aufzunehmen. Die Handlungsempfehlungen und Anmerkungen aus der

Klausur fehlten zum Teil. Eine Priorisierung der Maßnahmen sei ohne Benennung von Kosten nicht möglich. Die Aussagen zum Handlungskonzept könnten zum Teil nicht mitgetragen werden. Er geht erläuternd auf die jeweiligen Punkte ein. Stadtrat Glasbrenner schlägt vor, den Beschluss in der Form zu fassen, dass zum einen ein integriertes Klimaschutz-, Luftreinhalte- und Energiekonzept für Ludwigsburg ausgearbeitet werde. Grundsätzlich werde einer Weiterbearbeitung der im Maßnahmenkatalog aufgeführten Handlungsempfehlungen zugestimmt. Eine Festlegung des Maßnahmenkataloges und von Handlungsempfehlungen werde nach erfolgter Beratung sämtlicher im Workshop erarbeiteter Hinweise, Anregungen und Änderungsvorschläge getroffen.

Stadtrat **Dr. Vierling** hält die Vorlage ebenfalls für unvollständig. Im Maßnahmenkatalog fehle beispielsweise die Grünentwicklung und die Anknüpfung an den Grünleitplan. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2011, Vorl.Nr. 039/11. Das Thema Windenergie spiele aus seiner Sicht ebenfalls eine wichtige Rolle. Er bittet OBM Spec, sich bei der Regionalversammlung für dieses Thema einzusetzen.

Stadtrat **Haag** ist der Meinung, dass die Auflistung der Vorschläge noch einer gewissen Ordnung bedürfte und mit Kosten und Terminen versehen werden müsste. Auch er sieht in einigen Themenbereichen noch Beratungsbedarf und macht diese deutlich. Das Thema Elektromobilität sei in der Darstellung der Wichtigkeit zurückzunehmen und das Thema Rad-/Zielwegenetz für die energetische Welt wenig bedeutsam. In der Darstellung fehlten zudem wichtige Benchmarkings.

Auch Stadtrat **Hillenbrand** kann der heutigen Vorlage nicht zustimmen und sieht noch Beratungsbedarf in einigen Themenbereichen und deren Wertigkeit. Es sei insbesondere noch die Frage zu beantworten, welche Maßnahmen kurzfristig realisierbar seien und welche eher langfristig betrachtet werden sollten.

Die Zusammenhänge erläuternd verweist OBM **Spec** darauf, dass es sich bei der Vorlage um einen Zwischenschritt handle und eine Konkretisierungsstufe benötigt werde. Der Wunsch des Gremiums nach einer Priorisierung der Maßnahmen sei verständlich. Die Handlungsempfehlungen müssten noch durchgesprochen werden.

In der weiteren Aussprache wird nach weiteren Ausführungen insbesondere der Stadträte **Dr. Bohn, Dr. Vierling, Bergold, Hillenbrand, Haag, Glasbrenner, Dr. Schwytz** sowie der Stadträtinnen **Schittenhelm, Habertzeth-Grau** und **Kreiser** nochmals deutlich, dass durch die Klausur zwar ein Meinungsbild entstanden sei, die Gremiumsmitglieder jedoch noch eine Priorisierung des Maßnahmenkatalogs, ergänzt um Aussagen zu Kosten und Terminen und um die Anregungen aus der heutigen Aussprache, erwarteten. Es kommt zum Ausdruck, dass weiterer Beratungs- und Klärungsbedarf gesehen werde.

Herr **Dr. Fahl** bietet für die weiteren Beratungen in den Fraktionen seine Unterstützung an. Er sei gerne bereit, in die Beratungen der Fraktionen zu kommen, bestehende Fragen zu beantworten und Hintergrundinformationen zu geben.

OBM **Spec** fasst abschließend zusammen, dass man die wertvollen Hinweise der heutigen Aussprache mitnehmen und eine Möglichkeit finden werde, die weitere Beratung und Entscheidung zu erleichtern. Der Tagesordnungspunkt werde in einer neuen Vorlage unter Konkretisierung der Ergebnisse der Klausurtagung in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nochmals aufgegriffen. Der Beratungspunkt werde des Weiteren im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 10.02.2011 von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 1.1

Berichts Antrag im Sachzusammenhang mit der
Vorl.Nr. 037/11 Gesamtenergiekonzept
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2011

Vorl.Nr. 063/11

Beratungsverlauf:

Vorliegender Antrag der SPD-Fraktion, Vorl.Nr. 063/11 wird in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.02.10 im Sachzusammenhang mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 037/11 gestellt und im Rahmen der weiteren Beratung des Gesamtenergiekonzeptes berücksichtigt.

TOP 1.2

"Grün in der Stadt" - Erweiterung des
städtischen Klimaschutzkonzeptes
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31.01.2011

Vorl.Nr. 039/11

Beratungsverlauf:

Vorliegender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.01.2011, Vorl.Nr. 039/11 wird in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.02.2011 im Sachzusammenhang mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 037/11 von Stadtrat Dr. Vierling thematisiert. Er wird im Rahmen der weiteren Beratung des Gesamtenergiekonzeptes berücksichtigt.

TOP 2

Übernahme einer Bürgschaft für die im Wege
eines Darlehens an die Stadtwerke Ludwigsburg-
Kornwestheim GmbH (SWLB) angelegten
Stiftungsgelder der Bürgerstiftung Ludwigsburg
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 019/11

Beschluss:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft gemäß §§ 765 ff. BGB für die im Wege eines Darlehens an die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH angelegten Stiftungsgelder der Bürgerstiftung Ludwigsburg in Höhe von 1.631.000 EUR wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Unter einleitenden erläuternden Ausführungen verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 019/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht, auch findet keine Aussprache statt.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 019/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 3	Vergnügungssteuer Änderung der Steuerbemessungsgrundlage auf den Spieleinsatz Erhöhung der Vergnügungssteuer Inkrafttreten der Änderungen auf 01.03.2011 Neufassung der Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) (Vorberatung)	Vorl.Nr. 025/11
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Beschluss:

Die Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung), siehe Anlage der Vorl.Nr. 025/11, wird in der vorgelegten Neufassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 025/11.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert nachfolgend ausführlich die Vorlage und macht die Gründe für die Änderung des Bemessungsmaßstabes der Vergnügungssteuersatzung deutlich. Es sei sehr wichtig gewesen, eine rechtssichere Vorlage zu schaffen.

In der nachfolgenden Aussprache stellt Stadtrat **Dr. Schwytz** fest, die Rechenbeispiele in der Vorlage seien sehr kompliziert und die Ausführungen für Experten bestimmt. Man habe zur Kenntnis genommen, dass in der Vorberatung des Haushalts eine Variante bereits beschlossen worden sei.

Stadtrat **Dr. Bohn** führt aus, der Grundsatzbeschluss sei schon in der Haushaltsberatung gefallen. Beim Vollzug habe man volles Vertrauen in die Verwaltung.

Stadtrat **Glasbrenner** schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

Stadtrat **Dr. Vierling** erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Neufassung der Vergnügungssteuersatzung. Man begrüße die Erhöhung der Vergnügungssteuer, die eine Lenkungssteuer darstelle. Der Anstieg der Spielgerätezahlen sowie der Umsätze zeige, dass im Bereich der Glücksspielbranche keinerlei Erdrosselungsgefahr bestehe. Aus seiner Sicht fehle in der Abwägung die Darstellung der Problematik der Spielsucht. In Zusammenarbeit mit den Sozialverbänden und Beratungsstellen müsse seitens der Verwaltung eine Strategie zur Eindämmung der Spielsucht und Stärkung der Hilfen für Betroffene entwickelt werden. Suchtbekämpfung und Suchtprävention habe Vorrang.

Stadtrat **Dr. Heer** hält die Änderung der Bemessungsgrundlage für sinnvoll und gerechtfertigt. Skeptisch sei er hinsichtlich der ethischen und historischen Berechtigung der Steuer. Seiner Meinung nach müssten die Nicht-Spielenden belohnt und ein Entlastungsvorschlag an einer anderen Stelle vorgelegt werden, sodass insgesamt die Steuerbelastung nicht steige. Da dieses Entlastungsargument nicht berücksichtigt werde, enthalte er sich der Stimme.

Nach Aussprache stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 025/11 abschließend im Gremium zur Abstimmung.